

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M., durch die Post monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. ohne Postgebühr. Das Postgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rittstraße 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 47 mm breite Zeile 50 Pf., die 50 mm breite Zeile 60 Pf.; außerhalb 60 Pf. bzw. 70 Pf. Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 Pf. pro 1000.

Nummer 76

Samstag, 14. Februar 1920.

74. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die Eisenbahnen der besetzten Zone werden die Zeitumstellung in der Nacht vom 14. zum 15. Februar vornehmen. Am 14. Febr. um 23 Uhr 11 Uhr nachts werden die Bahnstrecken um eine Stunde vorgestellt und die Uhrzeit auf 24 Uhr (Mitternacht) gesetzt.

Vom 15. Februar an wird also die Eisenbahnzeit mit der bürgerlichen Zeit übereinstimmen. 7737

Se. Chef d'Escadron, Délégué de la S. E. J. T. R. dans le Cercle de Wiesbaden Ville Toussaint.

Die Polen an der Küste.

Am Dienstag haben die polnischen Truppen mit General Haller an der Spitze die Stadt Buzia in der Nähe der Donziger Meeresküste besetzt. Die polnischen Kavallerie ritten einige Schritte in die Ostsee hinein und nahmen in dieser symbolischen Weise die Küste in polnischen Besitz. Auf Veranlassung der polnischen Regierung wurde dies Ereignis in ganz Polen gefeiert. In allen Städten wurden die Kirchenböden geklopft. In Warschau fand aus diesem Anlaß eine feierliche Sitzung des Reichstages statt, in der beschlossen wurde, einen neuen polnischen Nationalhymnen zu errichten, um sich von der Abhängigkeit vom Donziger Hofen frei zu machen.

Auch das Deutsche Telegrammenbüro nimmt an dieser Feier in seiner Weise teil. Diese deutschsprachige Pressagentur unterscheidet sich seit dem Tage der Revolution von ihren anderssprachigen Schwestern schon vorteilhaft dadurch, daß sie die nationale Toga entworfen in die Nummer kommen geworfen hatte. Während am Vortage Reuter bewußt englisch und Havas bewußt französisch ihre Meldungen redigierten, ist das deutsche Bureau bewußt nur deutsch; es ist denn, daß man in der Tasche seiner absoluten Regierungsunermittlichkeit eine Karte und in seiner klavischen Vereinfachtheit, für Erbsenherren einzutreten, eine Richtung erkennen will. Seitdem nun aber Polen bis an die Ostsee vorgedrungen ist, macht Wolff auch vor dieser neuen Macht Halt, in dem Maße sogar, daß dieses Bureau der vollen deutschen Ostseehandlung Donau ihren guten deutschen Namen nimmt und sie polnisch „Gdansk“ nennt. Und nicht nur das: das Hafen Neufahrwasser nennt es nur noch „Nowy Port“. Wir wünschen der deutschen Regierung zu diesem charaktervollen und kenntnisreichen Telegrammenbüro alles Glück, bedauern aber das deutsche Volk von Herzen, daß es sich von solcher Hand den weitesten arischen Teil der kältesten Zeitungsmeldungen vorziehen lassen muß. Die Zeitungen aber, die auf derartige Hineinfallen, können uns leid tun.

Londoner Verhandlungen.

Die wichtigsten Entscheidungen über die Anwendung des Friedensvertrages sollen augenblicklich in London, wo die französischen und italienischen Staatsmänner sich mit den Leitern der englischen Politik getroffen haben. Es ist sehr zu beachten, daß gerade während der Sitzungen des Obersten Rates in London im englischen Parlament im Unterhaus sowohl wie im Oberhaus von Mitgliedern des englischen Kabinetts Reden gehalten werden, die alle auf den einen Ton geklungen sind: der Friedensvertrag muß revidiert werden. Bei der Beurteilung des Wertes und Ranges dieser Reden ist allerdings eines zu beachten: die Parteipolitik. Lord George ist vielen an mächtig geworden; die Rolle seiner Gegner wächst täglich. Sie benutzen zum Kampf gegen den Ministerpräsidenten den Friedensvertrag und bezeichnen ihn als fehlerhaft, um dadurch die Politik Lord Georges zu treffen. Lord George will sich einfach dadurch, daß er sich die Forderungen seiner Gegner, der Liberalen, selbst an eigen macht und seine Minister von der Revision des Friedensvertrages reden läßt.

Der Oberste Rat bespricht augenblicklich die Auslieferungsfrage. Da Marshall noch den Sitzungen beizuwohnen hat, schicken die Blätter auf die Möglichkeit militärischer Zwangsmaßnahmen. Der Londoner Berichterstatter des „Morning Post“ glaubt, daß die Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 25. Januar zwar im Tone fest sei, jedoch Raum lasse für Verhandlungen. Man trage den Vorstellungen Lord Georges, der Deffenlichkeit und dem Standpunkt der Parteien in England Rechnung.

Der Staatssekretär im englischen Auswärtigen Amt hat gestern ebenfalls von der Notwendigkeit gesprochen, einige Bestimmungen des Vertrages zu ändern. Er erklärte, es müsse mit dem Kriegefahren jetzt endlich Schluss gemacht werden. Ueber die Forderung der Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ sagte er, sie werde im Falle der Befolgung eine Revolution in Deutschland auslösen und falls sie nicht befolgt wird, das Ansehen der deutschen Militärpartei erhöhen.

Wie die „Bayerische Volkszeitung“ meldet, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß nach der Erklärung Lord Curzons

England, Amerika und Italien in der Anwendung des Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen und daß Frankreich dieser Strömung werde folgen müssen. Auffallend ist ein sehr maßvoll gehaltenen Artikel des „Temps“, in welchem die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands als für Frankreich unbedingt notwendig erklärt wird.

Ganz Deutschland lehnt ab.

Berlin, 13. Febr. Beim Reichspräsidenten laufen weiterhin täglich aus allen Volkskreisen zahlreiche Kundgebungen gegen das Auslieferungsbegehren der Entente ein. In vielen Orten fanden Versammlungen unter freiem Himmel statt. Die angekommenen Entschlüsse lassen erkennen, daß die gesamte Einwohnerschaft der Gemeinden und Städte sich. Die Kundgebungen kommen aus allen Reichsteilen. Besonders verdienen aber die Proteste aus dem besetzten Rheinland und den Westmünstergebieten hervorgehoben zu werden. Viele Organisationen der verschiedensten Art nahmen an der Frage Stellung, u. a. die Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer und die Verbände der Kriegsbeschädigten. In allen Entschlüssen wird ausgedrückt, daß die Regierung, wenn sie dem Auslieferungsbegehren der Entente Folge leisten sollte, den Bürgerkrieg in Deutschland entfesseln würde. Ferner wird immer wieder darauf hingewiesen, daß durch eine derartige Summierung der früheren Geuer der geistige Wiederaufbau sowohl unseres Volkes als auch der Welt unmöglich gemacht würde. Wenn Verbrechen begangen wurden, so gehören sie vor ein deutsches Gericht, wozu sie ja auch durch die Verordnung des Reichsjustizministers verwiesen wurden. Niemals aber dürfte der Kollaborateur zugleich auch Richter sein. In diesem obersten Satz aller Rechtsordnung müßte die Reichsregierung unbedingt festhalten. Eine Befreiung könne nur erfolgen auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919. Ein Verstoß gegen die Auslieferungsfrage sei nur möglich im Sinne unserer Note vom 25. Januar. Endlich wird die Reichsregierung in zahlreichen Entschlüssen aufgefordert, nunmehr auch die Üble der Kriegsverbrechen und -verbrecher aus den Reihen der früheren Geuer zu veröffentlichen.

Weitere Ansichten des Generals Nessel.

Paris, 13. Febr. Vor dem Ausbruch für auswärtige Angelegenheiten erklärten gestern wiederum General Nessel, um Erläuterungen über die deutsche Armee zu geben. Er sagte die Organisation der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der Einwohnerverschwerden auseinander und sprach über die Organisation der Reichswehr. Nessel sprach auch von der Möglichkeit, daß Munitionsvorräte in deutschen Fabriken versteckt werden könnten. Der Ausbruch enthielt ebenfalls, der Kriegsminister habe darüber zu hören, wie die Friedensvertragsklausel, die sich auf die Entwaffnung Deutschlands bezieht, durchgeführt wird.

Die Entente fordert den Rest der Handelsflotte.

Wie die „Rheinische Zeitung“ hört, traf im Laufe des gestrigen Tages in Berlin eine Ententenote ein, in der auf Grund des Friedensvertrages die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte verlangt wird.

Die Eisenbahntarife verdoppelt.

Der preussische Landesversammlung ist ein Geschenk, wofür aber die Erhebung neuer Zuschläge an den Tarifen der Staatsbahnen vorgesehen. Danach soll am 1. März an den Großstädten ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben werden. Die Erhöhung der Personentarife könne ohne Gefahr erfolgen: sie betrage ebenfalls 100 Prozent, mit Ausnahme des Nahverkehrs in den Großstädten. Vom 1. März ab würden die Personentarife verdoppelt.

Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln.

Der Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beschloß, der Reichsregierung vorzuschlagen, die Zwangswirtschaft sowohl für Getreide als für Kartoffeln für das kommende Geschäftsjahr auszustatten und den Staat wieder in die Wirtschaft einzuführen. — Die Mindestpreise, die das Reichswirtschaftsministerium vorschlagen hatte, wurden als annehmbar anerkannt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, sind für die Befreiung folgende Mindestpreise für die Dauer der Zwangswirtschaft vorgelegt: Weizen 50 Mark, Roggen 45 Mark, Gerste und Hafer 40 Mark und Kartoffeln 25 Mark für den Zentner.

Vertagung des Kessel-Prozesses.

Der Kessel-Prozess ist wegen Erkrankung des Angeklagten auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. Februar.

Der zweite Bezirksverein der Deutschen Volkspartei hält am Montag, den 16. Febr., abends 7½ Uhr, im „Terminus“ eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Schriftleiter Heinz Gorenz, über „Die Entwicklung der Deutschen Volkspartei“ sprechen wird.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum begeht in voller Körperlicher und geistiger Frische am 16. Febr. der Direktor der Vereinsbank Wiesbaden, E. G. m. b. H., Mauriliusstr. 7, Herr Heinrich Meis. Er begann seine kaufmännische Laufbahn in diesem Institut im Jahre 1880 und ist sein Name mit der glänzenden Entwicklung dieser Kreditgenossenschaft verbunden während der letzten 40 Jahre, seit welcher Zeit er als Direktor vorsteht, eng verknüpft. Aufstiegsstufen und Vorposten werden den Jubilär, der sich zum Wohl der Allgemeinheit auch noch auf künftigen gemeinnützigen Gebieten betätigt, unter Überbringung ihrer Glückwünsche in dankbarer Weise ehren.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Wiesbaden hielt gestern abend in der Aula des Ingenieurs am Schloßplatz eine außerordentliche Karl Besuche Versammlung, in der der Generalsekretär des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands M. Dieckmann über die „Entschärfung des Hausbesitzes“ und über die „Anordnung betreffend Höchstgrenze der Mietminderungen“ sprach. Die Ausführungen des Referenten waren infolgedessen besonders bemerkenswert, als sie von einer höheren Worte aus geschienen, da die Zentralstelle in Berlin viel mehr in unmittelbarer Fühlung mit den Regierungskreisen steht, die in Sachen des Mietschutzes und des Mietrechtes von ausschlaggebender Bedeutung sind. Der Redner gab zunächst einen Überblick auf das Zustandekommen der Mietschutzverordnung und legte dar, inwieweit sie vom sozialen Gedanken aus gerechtfertigt sein kann. Bei der Höchstpreisverordnung für Mieten wird aber schon gar nicht mehr der Versuch gemacht, die Verordnung mit sozialen Rücksichten zu begründen. Nach einem persönlichen Ausdruck des Wohlwollens des Staatsrats Steinerwald war der Erlaß dieser Höchstpreisverordnung lediglich Aufgabe einer vorübergehenden Politik in einer um die Wiederkonsolidierung der Staatsgewalt ringenden Zeit, um einer Währung in der Mietschutz vorzubeugen. Die Verordnung wäre demnach eine ministerielle Vorbeugung vor der Straße. Der Redner schloß nun eingehend, wie die Durchführung der einzelnen Paragraphen in der Praxis anschaulich und teilweise umgekehrt sei. Herr Dieckmann kam zu dem Schluß, daß die Verordnung nicht mehr lange bestehen bleiben werde. Er habe zwar geküßelt, die Frage zu einer Kabinettsfrage machen zu wollen. Es liegen aber schon Anträge vor, die Verordnung der Landesversammlung zur Prüfung vorzulegen, bzw. die Landesversammlung möge die Verordnung wieder aufheben. Die aufklärerischen Darlegungen des Redners fanden langanhaltenden Beifall. Stadtk. Hartmann erläuterte sodann Bericht über den Verlauf der Verhandlungen im Sachverständigenausschuß für Mietpreiskontrolle und teilte mit, daß für Wiesbaden ein Prozentsatziger Zuschlag beschlossen und von Magistrat und Regierung genehmigt sei. Er beschloß sich sodann mit den zahlreichen Grundbesitzern der letzten Zeit und deutete an, warum dem Hausbesitz die Freude an ihrem Besitz verleidet werden könne. Mit dem Appell auf einen Zusammenfluß aller Hausbesitzer in der Organisation zur Wahrung ihrer Interessen fand die Versammlung ihr Ende.

Mietertagung in Wiesbaden morgen Sonntag 10 Uhr. Bodmisch für alle Mieter und Wohnungsinteressenten ist die große Mietertagung, die Sonntag vormittag 10 Uhr im Ingenieur am Schloßplatz in Wiesbaden eröffnet wird. Es werden dort die Fragen der Wohnungsbeschaffung, Mietpreiskontrolle, Zwangsversteigerung und Wohnungskauf, Verpachtung und andere vortragen. Die alle Wohnungsreformanten (Mieter) betreffen. Aus jeder Gemeinde werden Vertreter erwartet und Gäste sind zugelassen, worauf wir die Leser hinweisen.

Evangelischer Bund. Die Perion Neu im modernen Geistesleben, das ist das Thema, über das der Universitätsprofessor D. Wiernigsdorf aus Bonn diesen Sonntag, den 15. Febr., 5 Uhr nachmittags, in der Ringkirche bei einer Feier des Evangelischen Bundes reden wird. Es erbringt sich, hier ein Wort der Empfehlung über den bekannten Apologien zu sagen. Diese Rede wird von Darstellungen erster Ränge umrahmt sein, wir werden hören die geistlichen Väter „Dem Unendlichen“ von Schubert (für Alt. Karl. E. H. Haas vom Kass. Landestheater, Harle Herr Barckhoff Adam Hahn vom Stadt. Kurorchster und Orgel Herr Organist Karl Schenk von der Ringkirche). Ferner „Vater unser“ von Mendelssohn, für Gesang, Violine und Orgel, u. a. m. Der Eintritt ist frei, die Kirche ist gefüllt.

Bergisten wollte gestern eine am Römerberg wohnende 23jährige Frau sich und ihr 5 Monate altes Kind. In bedenklichem Zustande wurden beide in das städtische Krankenhaus gebracht.

Unfall. In der Nähe des Klosters Klarental kamen zwei Arbeiter so unglücklich unter einem eisenen Kippen, daß der eine mit Verletzungen am Fuß nach seiner Wohnung, der andere mit inneren Verletzungen in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Für morgen Sonntag ist abends 8 Uhr im Abonnement ein Symphonie-Konzert des Stadt. Kurorchsters mit Herrn Kurkapellmeister Hermann Jäger als Dirigent angesetzt.
